

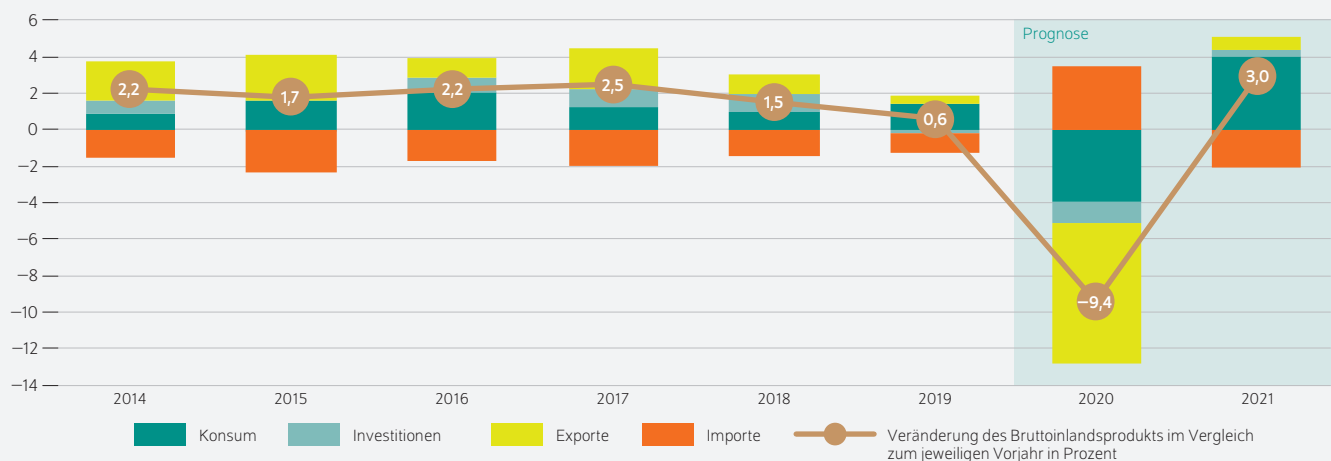
Globale Wirtschaftskrise trifft Deutschland hart – Verunsicherung lastet schwer

Von Claus Michelsen et al.

- Wirtschaftsleistung in Deutschland bricht in diesem Jahr drastisch um voraussichtlich mehr als neun Prozent ein, auch die Weltwirtschaft schrumpft deutlich
- Ein „U“ ist derzeit das wahrscheinlichste Szenario für Deutschland: Dem scharfen Einbruch folgt eine Durststrecke, bevor es allmählich bergauf geht
- Verunsicherung lastet schwer auf Unternehmen und privaten Haushalten, die sich mit Anschaffung von Investitions- und größeren Konsumgütern zurückhalten
- Konjunkturprogramm der Bundesregierung hilft und erhöht Wirtschaftsleistung in diesem und nächstem Jahr um 1,3 Prozentpunkte
- DIW Berlin macht darüber hinausgehende Vorschläge für ein Investitionsprogramm, um die Krise zu bewältigen und Wachstumspotential der Wirtschaft zu stärken

Deutsche Wirtschaft bricht drastisch ein – Vorkrisenniveau Ende 2021 noch in weiter Ferne

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Die deutsche Wirtschaft braucht einen Impuls, der die Nachfrage anregt und gleichzeitig zukünftige Probleme adressiert. Wir reden schon seit längerer Zeit über Dekarbonisierung, Digitalisierung und Fragen im Bereich der Bildung. Jetzt ist die Gelegenheit, diese offensichtlichen Schwächen zu adressieren und das Wachstumspotential der Wirtschaft zu stärken.“ — Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Globale Wirtschaftskrise trifft Deutschland hart – Verunsicherung lastet schwer

Von Claus Michelsen, Marius Clemens, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin, Laura Pagenhardt, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die Corona-Pandemie stürzt die Weltwirtschaft in eine schwere Rezession. In den größten fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Wirtschaftsleistung bereits im ersten Quartal dieses Jahres geschrumpft – und das dürfte erst der Anfang sein, denn das Gros der Einschränkungen fällt in das zweite Vierteljahr. Auch in den Schwellenländern grassiert das Virus und beeinträchtigt das gesellschaftliche Leben erheblich. Die deutsche Wirtschaft wird ebenfalls kräftig durch die Krise erfasst und voraussichtlich die schärfste Rezession der Nachkriegsgeschichte erfahren.

Ursache der Verwerfungen ist die unkontrollierte Verbreitung des neuartigen Corona-Virus, zu dessen Bekämpfung die meisten Regierungen drastische Maßnahmen ergriffen haben. Diese schränken das gesellschaftliche Leben und wirtschaftliche Aktivitäten massiv ein. Die Produktionsstillstände führen darüber hinaus zu Unterbrechungen in international verflochtenen Lieferbeziehungen. Kurzarbeit und Entlassungen drücken auf die Kaufkraft der privaten Haushalte und senken deren Nachfrage – massive Umsatzausfälle und die steigende Verschuldung schränken die Investitionsspielräume der Unternehmen ein.

Hinzu kommt eine drastische Verunsicherung sowohl bei Unternehmen als auch bei Haushalten über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den Verlauf der Pandemie. Dies führt zu einer erheblichen Zurückhaltung bei der Anschaffung von Investitions- und Konsumgütern und verstärkt die Rezession. Die deutsche Wirtschaft wird aufgrund ihrer Exportorientierung und der Spezialisierung auf die Herstellung von hochwertigen Maschinen, Geräten und Fahrzeugen besonders hart getroffen. Die weltweite Nachfrage nach diesen Gütern dürfte sich trotz nun vielerorts eingeleiteter Lockerungen in der Pandemiebekämpfung nur

sehr zögerlich erholen. Auch hier dürfte die Verunsicherung von Haushalten und Unternehmen auf der Nachfrage lasten.

Das DIW Berlin erwartet deshalb einen erheblichen Rückgang der Wirtschaftsleistung und senkt seine Prognose für Deutschland für das laufende Jahr auf nun –9,4 Prozent. Die Weltwirtschaft wird voraussichtlich um fünf Prozent schrumpfen und sich nur allmählich erholen. Das DIW Berlin hält trotz der expansiven geld- und finanzpolitischen Reaktionen wegen der bestehenden Einschränkungen, Verunsicherung und Einkommensverluste einen eher U-förmigen Verlauf der Krise, also eine nur allmähliche Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten, für das wahrscheinlichste Szenario. Für das kommende Jahr wird ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von 3,0 Prozent prognostiziert und mit einer Erholung der Weltwirtschaft um 5,5 Prozent gerechnet. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie werden damit im Prognosezeitraum bei weitem nicht wettgemacht.

Diese Prognose hängt von zahlreichen Annahmen ab. So ist auch eine zügigere Erholung in Form eines V möglich, sofern die Folgen der Pandemie schnell überwunden werden und sich insbesondere die Unsicherheit deutlich legt. Kommt es in den Sommermonaten weltweit zu einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten und entfalten die beschlossenen geld- und finanzpolitischen Maßnahmen breite Wirkung, kann auch der Optimismus zurückkehren und Unternehmen zu Investitionen und Neueinstellungen bewegen. Es besteht aber auch das Risiko eines noch schärferen und anhaltenderen wirtschaftlichen Einbruchs, insbesondere dann, wenn die Pandemie nicht eingedämmt werden kann und es zu einer oder mehreren weiteren Infektionswellen kommt. Dies würde dann beinahe zwangsläufig eine große Zahl von

Unternehmen in die Insolvenz treiben und noch drastischere Auswirkungen auf den Arbeitsmärkten haben. Ein solches L-Szenario würde wahrscheinlich auch zu Krisen im Bankensektor und zu Vertrauensverlusten in die Bonität vieler Schwellenländer, aber auch einiger entwickelter Volkswirtschaften wie Italien oder Spanien führen. Dies zu vermeiden ist vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Viele Regierungen haben deshalb mit Sofortmaßnahmen auf die wirtschaftlichen Verwerfungen reagiert und versuchen mit Zuschüssen, Krediten und Bürgschaften Unternehmensinsolvenzen zu verhindern. Auch die Einkommen der privaten Haushalte werden mit Instrumenten wie dem Kurzarbeitergeld, Zuschüssen oder Einmalzahlungen stabilisiert. Allein die Maßnahmen Deutschlands summieren sich einschließlich aller Garantien beispielsweise auf rund 1,5 Billionen Euro – in den USA werden rund drei Billionen Dollar an Hilfen bereitgestellt. Weltweit haben die Zentralbanken reagiert und Leitzinsen gesenkt, Wertpapierkaufprogramme ausgeweitet und umfangreich Liquidität für Geschäftsbanken zur Verfügung gestellt, um deren Kreditvergabe an Unternehmen zu stützen.

Trotz dieser Maßnahmen wird die Krise nahezu alle Wirtschaftsbereiche in Deutschland schwer treffen. Der private Verbrauch sowie die Investitionstätigkeit werden erheblich sinken. Auch ist mit einer deutlich geringeren Auslandsnachfrage zu rechnen, was die Exporttätigkeit belastet. Selbst die Bauwirtschaft, die in den vergangenen Jahren außerordentlich gute Geschäfte gemacht hat, wird wohl vor allem aufgrund geringerer Nachfrage von Unternehmen und Kommunen empfindliche Umsatzeinbußen hinnehmen müssen. Dies schlägt auf den Arbeitsmarkt durch: So sind im Mai die Anmeldungen für Kurzarbeit auf kumuliert elf Millionen Beschäftigte gestiegen. Doch trotz der Möglichkeiten zur Kurzarbeit wird Personal abgebaut oder nicht neu eingestellt und die Arbeitslosenquote auf 6,0 Prozent im Jahresdurchschnitt 2020 steigen. Diese Entwicklungen zeigen sichtbare Auswirkungen in den öffentlichen Haushalten: Die in den vergangenen Jahren gebildeten Rücklagen in der Arbeitslosenversicherung und in anderen Bereichen der öffentlichen Haushalte dürften zum Teil schon Ende des Jahres aufgebraucht sein: So werden die Rücklagen in der Arbeitslosenversicherung wohl von 26 Milliarden Euro in ein Minus von fünf Milliarden Euro umschlagen. Auch in der

gesetzlichen Krankenversicherung und in der Rentenversicherung dürften die Finanzpolster deutlich abschmelzen. Allein die Verschuldung des Bundes wird nach derzeitigem Stand um 156 Milliarden Euro steigen. Hinzu kommen neue Schulden der übrigen Gebietskörperschaften sowie direkte Kredite und Beteiligungen an Unternehmen, so dass die Staatsschuldenquote von zuletzt unter 60 auf etwa 77 Prozent steigen wird.

Trotz der beherzten und schnell ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung ist eine rasche Erholung und ein Anknüpfen an die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen zehn Jahre ohne weiteres Zutun nicht zu erwarten. Die Corona-Krise wird tiefe Spuren in der Wirtschaftsleistung hinterlassen und noch längere Zeit ein geringeres Wohlstandsniveau mit sich bringen. Auf die Finanzkrise folgte in Deutschland ein Jahrzehnt kräftigen Wachstums und damit verbunden ein Abbau der öffentlichen und privaten Schuldenlast. Die Wirtschaftspolitik sollte alles tun, damit sich diese Entwicklung wiederholt. Entscheidend hierfür ist, dass die deutsche Wirtschaft an Wettbewerbsfähigkeit in zukunftsgerichteten Bereichen gewinnt und der Produktionsstandort attraktiv für Unternehmen bleibt. Um der akuten Krise zu begegnen, ist daher ein konjunktureller Impuls notwendig, der einerseits die Kaufkraft stärkt und andererseits Investitionen zur Steigerung des Produktionspotentials anregt. Ein Konjunktur- und Wachstumspaket ist notwendig, das kurzfristig, zielgenau und zeitlich begrenzt die wirtschaftliche Aktivität anregt. Zudem sollte es Transformationsprozesse stärken, die den Notwendigkeiten einer nachhaltigen, inklusiven und auf Digitalisierung ausgerichteten Wirtschaftsweise gerecht werden.

Ein solches Programm wurde nun von der Bundesregierung beschlossen. Rund 130 Milliarden Euro sollen in erster Linie in kurzfristig wirkende Maßnahmen zur Belebung der Nachfrage fließen. Dabei wirkt ein erheblicher Teil der Instrumente belebend für den Konsum. Die zeitweise Absenkung der Mehrwertsteuer und die Gewährung eines Kinderbonus sind Teil des mehr als 50 Punkte umfassenden Pakets. Ebenfalls enthalten sind Hilfen für Kommunen, die einerseits die Gewerbesteuer ausfälle kompensieren und andererseits Entlastungen bei den Sozialausgaben umfassen. Dies dürfte stabilisierend auf die öffentlichen Bauinvestitionen wirken. Zahlreiche weitere Elemente adressieren Aspekte der Klima-

politik, der Digitalisierung oder Bildung. Unter dem Strich wurden viele sinnvolle Schritte beschlossen, die mit einem Impuls von jeweils 1,3 Prozentpunkten auf die Wirtschaftsleistung diese im laufenden und im kommenden Jahr spürbar stabilisieren.

Ergänzend zu und teils anstelle der beschlossenen Maßnahmen wäre eine stärkere Fokussierung auf Investitionen sinnvoll. Diese würde größere Effekte auf die Potentialwachstumsrate entfalten. Das DIW Berlin schlägt ein solches Programm, im Umfang von rund 192 Milliarden Euro, vor (siehe dazu den

Bericht auf den Seiten 442 bis 451 in dieser Ausgabe des DIW Wochenberichts). Dies würde die wirtschaftliche Erholung beschleunigen und den Wandel zu einer nachhaltig und digital ausgerichteten Wirtschaft aktiv mitgestalten. Das Wachstumspotential der kommenden zehn Jahre könnte damit deutlich, um durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte jährlich, angehoben und gleichzeitig den Zielen der Dekarbonisierung sowie der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch verbesserte Bildungschancen entsprochen werden. Dabei würde sich das Programm in großen Teilen durch ein höheres Wachstum selbst finanzieren.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Max Hanisch ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Laura Pagenhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | lpagenhardt@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 24+25/2020:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 11. Juni 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Alexander Schiersch; Dr. Stefan Bach

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter